

Neuer Umgang mit Geschichte im Kreis Segeberg Zukunft des Porträts Waldemar von Mohls in der Galerie der Landräte wird diskutiert

Bleibt das Bild Waldemar von Mohls im Foyer des Segeberger Kreistags-sitzungssaals hängen? Und in welcher Form? Diese Fragen bleiben erst einmal unbeantwortet.

Ende 2013 zumindest hing das Porträt des Landrats noch zwischen denen seiner Vorgänger und Nachfolger. Von Mohl amtierte zwischen 1932 und 1945 ununterbrochen als Segeberger Landrat, seit Anfang 2013 stehen seine Person und die Farge nach seiner NS-Vergangenheit in der Diskussion. Mittlerweile liegt ein Gutachten über die Amtszeit vor, das von der Kreispolitik in Auftrag gegeben wurde.¹ Es ordnet von Mohl als „typisches Beispiel für die Rolle traditioneller Eliten im Dritten Reich“ ein, „die durch Anpassungsbereitschaft und zum Teil vorausseilende Selbstgleichschaltung zu Akteuren des NS-Unrechtsregimes wurden, auch wenn sie der NS-Ideologie innerlich fern standen. Er steht dabei für eine ganze gesellschaftliche Gruppe, die sich dem Mitwirken am NS-Staat nicht verweigerte.“²

Die Diskussion begann mit einem Antrag der Linksfraktion an den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport des Kreistags: „Der Ausschuss berät dahingehend, das Foto mit einem erklärenden Text zu versehen.“ Zwar könne man nicht damals lebende Personen nach heutigen Maßstäben beurteilen, aber: „Es geht darum, ob wir wollen, dass auch heute noch Straßen und Plätze nach ihnen benannt sind und ihre Porträts unkommentiert Ehrenplätze in öffentlichen Gebäuden einnehmen.“³ Der Antrag schlug hohe Wellen. Denn durch die Forderung, dem Porträt von Mohls einen erklärenden Text beizugeben, mussten sich die Kreispolitiker wieder einmal mit der NS-Geschichte ihres Kreises auseinandersetzen.

Waldemar von Mohl war während der gesamten NS-Zeit im Amt. Der 1885 geborene Verwaltungsfachmann war zwar nicht als Nationalsozialist auf seinen Posten gekommen und trat erst 1937 der NSDAP bei. Aber der promovierte Jurist verrichtete seine Arbeit

1. Uwe Danker/Sebastian Lehmann, Gutachterliche Stellungnahme zur Rolle des Landrats Dr. Waldemar von Mohl im Kreis Segeberg 1932–1945. Schleswig 2013 (http://segeberg.de/media/custom/2211_162_1.PDF, zuletzt aufgerufen: 22.11.2013).

2. Ebenda, S. 25.

3. Der Antrag der Linksfraktion findet sich im Bürgerinformationssystem des Kreistags (<https://kreis-se.info/bi/allris.net.asp>) unter Vorlagen, Nr. DrS/2013/024.

an der Spitze von Verwaltung und Polizei ohne Beanstandung von Seiten des Kreisleiters der NSDAP, wie das Gutachten über seine Amtszeit nahelegt und wie die Linksfraktion als Begründung für ihren Antrag schon vorher aus einem Buch des Alvesloher Historikers Gerhard Hoch entnahm.⁴

In Hochs Augen wäre eine sachliche Ergänzung der Ehrengalerie in der Art sinnvoll, dass von Mohl in der Zeit des Dritten Reiches von Anfang bis zum Ende ohne eine politische Beanstandung amtiert habe. „Ich würde keine moralische und politische Wertung zum Ausdruck bringen“, sagt er.⁵

Auf Hoch als Quelle stützte sich bei ihrer Einschätzung im Februar auch die Segeberger Landrätin Jutta Hartweg. Sie hatte im Vorfeld der Debatte als Antwort auf eine Anfrage der Linksfraktion geschrieben, dass „berechtigte und vielleicht sogar gravierende Zweifel“ an der

demokratischen Haltung und amtsbezogenen Integrität des Landrats von Mohl bestünden. Allerdings sei bislang nicht erkennbar oder gar bewiesen, dass von Mohl an Verbrechen oder Gräueltaten der Nationalsozialisten mitgewirkt oder solche verantwortet habe. Einen Anlass, das Porträt im Foyer abzuhängen, sah sie zunächst nicht.⁶ Nach der Präsentation des Gutachtens hielt sich Hartweg mit einer Stellungnahme zurück, in der offiziellen Pressemitteilung des Kreises hieß es im November, von Mohl sei durch das Gutachten entlastet worden.⁷

Derzeit ist in der Galerie der Landräte keines der Bilder ehemaliger Segeberger Amtsmänner und Landräte kommentiert. Die Reihe beginnt mit Heinrich Rantzau, der im 16. Jahrhundert Amtmann war, und endet beim letzten verstorbenen Landrat Joachim Dorenburg. Im Ausschuss für Bildung, Kultur

4. Gerhard Hoch, Die Amtszeit des Segeberger Landrats Waldemar von Mohl 1932–1945. Hamburg: Dölling und Galitz 2001. Es ist hier nicht der Ort, in eine detaillierte Diskussion über die Qualität der Arbeit Hochs als auch des Gutachtens selbst einzutreten, das beispielsweise bei der Zahl der Zwangsarbeiterlager im Kreis einige Unstimmigkeiten aufweist. Bezüglich der Einschätzung der Arbeit Hochs sei auf die Stellungnahme der Linksfraktion des Kreises nach der Vorstellung des Gutachtens verwiesen, die der Autor teilt: „Das kontextualisierte Gutachten, was die Person von Mohl nicht nur beschreibt, sondern z.B. mit den anderen Landräten in Schleswig-Holstein vergleicht, gibt zwar ein noch aussagekräftigeres Bild her und das ist auch gut so, letztlich bestätigt es aber Hoch prinzipiell, gerade wegen dessen begrenzten Möglichkeiten als einzelner Publizist.“ (http://kurzurl.net/link_vonmohl, zuletzt aufgerufen: 22.11.2013) Warum die Gutachter trotz ihrer Kritik an Hoch, teilweise hochspekulativ zu urteilen, selbst mehrfach ausführliche Spekulationen anstellen, erschließt sich dem Leser nicht (z.B. S. 11f. zur Parteimitgliedschaft von Mohls oder S. 18 zur Frage des Urlaubs während der Einrichtung des KZs Kuhlen).

5. Telefonat vom 4.2.2013.

6. Das Schreiben vom 18.2.2013 als Antwort auf die Anfrage der Linksfraktion liegt dem Autor vor.

7. Pressemitteilung vom 12. November 2013 (www.pressemeldung-schleswig-holstein.de/kreis-segeberger-gutachten-entlastet-von-mohl-3832/, zuletzt aufgerufen: 22.11.2013).



Heinz-Michael Kittler vor dem Foto Waldemar von Mohls in der Landräte-Galerie

und Sport des Kreises⁸ entwickelte sich im Februar 2013 in der Folge des Antrags eine rege Diskussion, in der unter anderem die Qualifikation Gerhard Hochs als auch die Form der Galerie als Ehrengalerie in Frage gestellt wurde.

Heinz-Michael Kittler (Linke) wies darauf hin, dass in dieser Frage politisch entschieden werden müsse. Die Kategorie einer juristischen Schuld greife nicht, da es für die meisten Taten der Nationalsozialisten damals kein Gesetz gegeben habe. Zwar wurde der ursprüngliche Antrag der Linksfraktion zurückgestellt, aber das mittlerweile vorliegende Gutachten bestellt. Es enthält mehrere Vorschläge an die

Politik, die nun im Februar 2014 diskutiert werden sollen. Die FDP-Fraktion war dabei kurz nach Vorlage des Gutachtens vorgeprescht und hatte gefordert, die Galerie der Landräte abzuhängen und neu zu gestalten, stattdessen soll „eine Landrätedokumentation aller Landrätinnen und Landräte des Kreises Segeberg seit 1867 bis in die unmittelbare Gegenwart mit deren Biographien im jeweiligen historischen Kontext geschaffen“ werden.

Dabei solle es sich – wie empfohlen – „um eine an modernen Ausstellungsformen orientierte, mit interaktiven Elementen versehene Dokumentation [handeln], die den Betrachter zur aktiven Auseinander-

8. Der Autor stützt sich bei der Zusammenfassung auf seine eigenen Aufzeichnungen vom 19.2.2013.



Foto: Helge Buttkeireit

Gemälde Walter Alnors und Waldemar von Mohls im Landratsamt

setzung mit den Personen auffordert“.⁹ Mit den Stimmen von CDU, FDP und Teilen der SPD stimmte der Ausschuss dafür, beim Kreistag 25.000 Euro an Mitteln für eine Umgestaltung der Galerie anzumelden.¹⁰

Die Linksfraktion wiederum hat bereits neue Ziele im Blick.¹¹ Sie will nicht nur den Kreis bewegen, bei der Stadt Bad Segeberg eine Umbenennung der „Waldemar-von-Mohl-Straße“ unweit der Kreisverwaltung anzuregen, in der die Zulassungstelle oder das Amt Trave Land sitzt. Sondern sie nimmt auch einen der Nachfolger Walde-

mar von Mohls in den Blick. Walter Alnor amtierte als Landrat zwischen 1950 und 1959, war zwischen 1933 und 1945 ebenfalls NSDAP-Mitglied und Gebietskommissar im „Reichskommissariat Ostland“. Auch Alnors Porträt hängt im Foyer des Kreistags. Zudem gibt es von den beiden ehemaligen Landräten Ölgemälde im Treppenhaus des Landratsamtes.

Auch diese dürften auf den Prüfstein gestellt werden, wenn der Kreis Segeberg sich 2014 weiter mit der eigenen NS-Vergangenheit auseinandersetzt.

Helge Buttkeireit

9. Der Antrag der FDP-Fraktion vom 19.11.2013 liegt dem Autor vor, die FDP zitiert zum Schluss die Gutachterliche Stellungnahme, S. 26f.

10. Mitteilung des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schnabel vom 20.11.2013.

11. Mitteilung von Heinz-Michael Kittler an den Autor, 26.9.2013.

Zeitenwende in Henstedt-Ulzburg

Kein Glück-Büste im Rathaus

Zu guter Letzt war es Heinz Glück selbst, der dem Vorgang ein Ende setzte: Nach wochenlangen Diskussionen um eine Büste für Henstedt-Ulzburgs Alt-Bürgermeister erklärte der 89-Jährige Anfang Oktober seinen Verzicht und lehnte

die Aufstellung seines Bildnisses im Rathausfoyer ab. Damit ist womöglich der letzte Versuch gescheitert, die Gründerväter der Großgemeinde von ihrer NS-Geschichte zu säubern – und von ihrem Umgang damit.

Das Netzwerk

Zuvor waren es die üblichen Protagonisten, die den „Büsten-Deal“ einfädelten: Ein „anonymer Spender“, in Rede steht Bauunternehmer Volker Manke, hatte die Fertigung des Kunstwerks durch eine zweckgebundene Spende an die örtliche Bürgerstiftung angeregt. Deren Vorsitzender, der Landtagsabgeordnete Volker Dornquast, beantragte die Aufstellung der Büste bei Interims-Bürgermeisterin Elisabeth von Bressensdorf. Und die teilte schließlich einer verdutzten Schar Kommunalpolitiker mit, dass sie alleine über die Anfrage entschieden und diese bejaht habe.¹

Das Interessante daran: Alle genannten Personen gehören der CDU an und sind über ihre Ämter eng miteinander verbunden. Volker Dornquast führte als direkter Nachfolger Glücks selbst 18 Jahre lang das Henstedt-Ulzheimer Rathaus, Volker Manke war sowohl Vorsit-

zender der Bürgerstiftung als auch der Ulzburger CDU. Und schließlich Elisabeth von Bressensdorf, die das „Polit-Handwerk“ einst unter Manke und Dornquast erlernte.²

Der Soziologe und Volkswirt Marcus Menzl, der die Gemeinde für sein 2006 erschienenes Buch „Leben in Suburbia. Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg“ eingehend unter die Lupe genommen hat, kam mit Blick auf solcherlei Netzwerke schließlich zu dem Ergebnis, dass in Henstedt-Ulzburg oft „in kleinem Kreis wichtige Fragestellungen außerhalb der formal gewählten Gremien vorbesprochen und entwickelt werden.“³ Lange Jahre bestand dieser „kleine Kreis“ vor allem aus Männern, die mindestens zwei Dinge gemein hatten: ihre ehemalige Mitgliedschaft in Wehrmacht oder Waffen-SS und die Verklärung dieser Zeit in den Nachkriegsjahren.

1. „Altbürgermeister Glück soll zurück ins Rathaus als Büste!“. In: *Ulzburger Nachrichten* vom 25.9.2013. Zitiert nach <http://ulzburger-nachrichten.de/?p=19387>.

2. Elisabeth von Bressensdorf wurde 1990 erstmals in die Gemeindevertretung gewählt.

3. Marcus Menzl, *Leben in Suburbia. Raumstrukturen und Alltagspraktiken am Rand von Hamburg*, Frankfurt am Main 2007.

Heinz Glück

Der letzte von ihnen starb jetzt Heinz Glück, nur wenige Wochen nach dem Streit ums eine Büste. Als 17-Jähriger war der gebürtige Kieler mit seiner Einheit an die Ostfront geschickt worden, bis 1945 gehörte er der Waffen-SS an.⁴ Erst nach Kriegsende kam Glück in den Kreis Segeberg, wurde 1948 im Rahmen der „Entnazifizierung“ als „vollentlastet“ eingestuft⁵ und nahm wenig später eine Tätigkeit in der Kommunalverwaltung von Bad Bramstedt auf. 1951 kam er als Amtskassenleiter nach Ulzburg⁶ und wurde hier Anfang 1962 vom Bürgerverein als Kandidat für den Bürgermeisterposten aufgestellt.⁷ Bei der Wahl im März setzte er sich noch gegen einen gemeinsamen Kandidaten von SPD und CDU durch, trat erst 1964 selbst in die CDU ein.⁸

Eine seiner ersten größeren Amtshandlungen als Bürgermeister war der Austritt der Gemeinde aus dem übergeordneten „Amt Ulzburg“, in dessen Folge eine hauptamtliche Verwaltung aufgebaut

werden konnte.⁹ Später stand der Name Glück vor allem für rasches Wachstum: Allein zwischen 1962 und 1969 wurden im Ort 14 Bebauungspläne beschlossen.¹⁰ Der Gemeinde Ulzburg stand Heinz Glück bis zur Gründung der „Großgemeinde“ Henstedt-Ulzburg im Jahre 1970 vor, anschließend war er auch hier bis 1988 Bürgermeister.¹¹

In den insgesamt 26 Jahren seiner Amtszeit entwickelten sich die drei Ursprungsgemeinden Henstedt, Ulzburg und Götzberg zu einer auch wirtschaftlich florierenden 20.000-Einwohner-Kommune, die nur aufgrund finanzieller Erwägungen bis heute darauf verzichtet, Stadtrechte zu beantragen.

Während seine Juroren ausschließlich und immer wieder diese seine Lebensleistung hervorheben, die Glück schließlich nicht weniger als das Goldene Ehrenkreuz der Bundeswehr (1987), das Bundesverdienstkreuz (1988) und ein Jahr später auch die Ehrenbürgerschaft seiner Gemeinde eingebracht hat¹²,

4. Presseerklärung von Volker Dornquast vom 9. Oktober 2013.

5. ebenda.

6. Gemeinde Henstedt-Ulzburg (Hg.), Ortsgeschichte Henstedt-Ulzburg. Die Entwicklung der Dörfer Götzberg, Henstedt und Ulzburg bis zur Großgemeinde. Husum 2007, S. 168.

7. ebenda.

8. „Ehrung für treue Parteigänger“. In: *Hamburger Abendblatt* vom 10.12.2004 (Artikel zur 40-jährigen CDU-Mitgliedschaft Glücks).

9. Ortsgeschichte Henstedt-Ulzburg, S. 169.

10. Menzl, Suburbia, S. 89.

11. Glück wurde am 3. Juni 1988 verabschiedet, am selben Tag legte Volker Dornquast seinen Amtseid ab.

12. „40 Jahre!! Und immer noch aktiv“. In: *CDU aktuell*. Mitgliederzeitung der CDU Henstedt-Ulzburg. Ausgabe III/1994, S. 16..

bleibt sein Handeln in den Kriegsjahren meist ausgeblendet. So schrieb die Mitgliederzeitung der Henstedt-Ulzburger Christdemokraten *CDU aktuell* zum 70. Geburtstag Glücks: „Am 25.4.1924 in Kiel-Elmschenhagen geboren, begann er bereits

nach Abschluß der Volksschule seine Laufbahn zum Bürgermeister mit einer Lehre bei der Amts- und Gemeindeverwaltung in Klausdorf. In den Wirren der Nachkriegszeit scheute er sich nicht, sich auch als Landarbeiter zu verdingen.“¹³

„Rechtsdrall“

In Glücks Ära als Bürgermeister fällt zunächst die Benennung zweier Straßen nach dem örtlichen Kapp-Putschisten Emil Krumpeter¹⁴ und Alt-Bürgermeister Heinrich Petersen¹⁵ ins Auge. Letzterer hatte Ulzburg von 1933 bis 1945 geführt. Der Straßenname wurde im Januar 1968 von der Ulzburger Gemeindevertretung beschlossen, offenbar auch mit Stimmen der SPD.¹⁶

Auch sind die Aufmärsche unvergessen, die unter Glücks Ägide jedes Jahr am Volkstrauertag zum „Kraft durch Freude“-Gelände am Beckersberg führten.¹⁷ In schnellem Marsch, stahlbehelmte Mitglieder von Feuerwehr und Bundeswehr vorweg, liefen die Teilnehmer hier

alljährlich auf einen Platz inmitten einschlägig beschrifteter Steine und gedachten der Gefallenen. „Es wirkt das Blut als heilige Saat – aus Gräbern wächst die Kraft zur Tat“ stand dort auf einem Findling.

Bis heute umstritten ist auch die Rolle Glücks beim Zustandekommen eines Landesparteitags der NPD 1988: Aus seinem Urlaub heraus soll der Verwaltungschef der NPD das Bürgerhaus schon Wochen vor der Veranstaltung zugesagt haben – vorbei an allen Gremien und seinem eigentlich zuständigen Stellvertreter Uwe Rolfing (SPD).¹⁸

Glück selbst sprach von Kommunikationspannen mit dem Hausmeister, berief sich außerdem auf

13. Ebenda.

14. Näheres zu Krumpeter bei Gerhard Hoch, *Das Scheitern der Demokratie im ländlichen Raum. Das Beispiel der Region Kaltenkirchen/Henstedt-Ulzburg 1870–1933*. Kiel 1988, S. 131ff.

15. Näheres zu Petersen ebenda, S. 227f.

16. Eine Presseerklärung der CDU Henstedt-Ulzburg vom 7.11.1997 vermerkt den 19. Januar 1968 als Tag der Beschlussfassung, 14 Gemeindevertreter von SPD und Bürgerverein hätten für den Straßennamen gestimmt, nur einer dagegen.

17. Zwischen 1934 und 1938 hatte Bürgermeister Petersen am Beckersberg von 70 arbeitslosen Ulzburgern einen Aufmarschplatz für Feiern und Sportanlagen „für die Wehrrüchtigung“ schaffen lassen. Neben Schwimmbad, Schießstand und verschiedenen Plätzen wurde 1938 auch eine Kult- und Gedenkstätte nach „altgermanischem Vorbild“ errichtet. Vgl. Ortsgeschichte Henstedt-Ulzburg, S. 143ff. Hier endeten seitdem die Aufmärsche zum Volkstrauertag in Henstedt-Ulzburg.

18. Erinnerungen von Uwe Rolfing.

Gerichtsurteile, nach denen der NPD Räume zustünden.¹⁹

Zu Empörung führte aber auch seine Weigerung, der angemeldeten Gegendemonstration vor dem Bürgerhaus einen Stromanschluss zur Verfügung zu stellen, obwohl das sonst gängige Praxis war. Grünen-Kreistagsmitglied Jörg Stock warf ihm daraufhin in seinem Redebeitrag vor, ebenso wie Kisdorfs Bürgermeister Ernst Schmuck-Barkmann „bis heute“ nicht mit seiner „nationalsozialistischen Vergangenheit“ fertig geworden zu sein.²⁰

Mit den Sozialdemokraten lag Glück in dieser Zeit regelmäßig über Kreuz, nicht selten auch in Sachen Geschichtsschreibung: Eine Ende der 80er Jahre fertiggestellte Gemeindechronik etwa ließ die Zeit zwischen 1933 und 1945 weitgehend aus. Als Rohlfing den Verwaltungschef deshalb kritisierte, soll der ihm im Streit darum gesagt haben, die Jahre in der SS seien seine besten gewesen. Erst unter Bürgermeister Dornquast wurde die Chronik entsprechend ergänzt.²¹

Aussagekräftig ist auch ein Beitrag Glücks zur Nationalstolz-Debatte des Jahres 2001: In einem Leserbrief ans *Hamburger Abendblatt* stellte er klar: „Ich bin stolz, Schleswig-Holsteiner zu sein! Ich bin stolz, Deutscher zu sein und

mein Vaterland zu lieben! Ich bin stolz, Europäer zu sein! Ich bin stolz, Ehrenbürger unserer französischen Partnerstadt Maurepas zu sein! Ich schäme mich vor dem Ausland, dass mein Vaterland von Politikern repräsentiert wird, die ihr Vaterland verleugnen und daher keine Grundlage für eine deutsche Politik haben.“

Die erwähnte deutsch-französische Partnerschaft war Glück jedoch eine Herzensangelegenheit: Die 1986 begründete Verbindung mit Maurepas nennt er später eines der bewegendsten Ereignisse seiner Bürgermeisterlaufbahn.²²

„Heinz Glück steht zu seinem Lebenswerk“, sagt zu all dem Volker Dornquast, der mit der Büste der Bürgerstiftung nicht zum ersten Mal versuchte, seinen Vorgänger an prominenter Stelle zu ehren: Als zwischen 1992 und 1996 das neue Rathaus errichtet wurde, wollte Dornquast den Platz davor nach Glück benennen. „Er hat aus seiner Vita zu keiner Zeit ein Geheimnis gemacht“, verteidigt Dornquast den 89-Jährigen, und „jeden seiner Lebensabschnitte, auch den Kriegsdienst, [...] offen dargestellt.“ Vorzuwerfen jedenfalls habe Glück sich nichts, „denn zu keiner Zeit hat er persönlich etwas Strafbares gemacht.“²³

19. „Verwirrspiel um die NPD – und abends kam die Absage“. In: *Segeberger Zeitung* vom 15.1.1988.

20. „Demonstration gegen NPD verlief friedlich“. In: *Heimatspiegel* vom 20.1.1988.

21. Erinnerungen Uwe Rohlfing.

22. „Bürgerball – die Franzosen feiern wieder mit“. In: *Hamburger Abendblatt* 3.12.2005.

23. Presseerklärung von Volker Dornquast vom 9. Oktober 2013.

Das Umfeld Glücks

Vom jeweiligen Kriegshandeln in Wehrmacht und SS abgesehen, dürfte das wohl auch für viele jener Männer gelten, mit denen Glück sich Zeit seines Lebens umgab.

Gemeinsam mit Bauunternehmer Heinz Manke (†), Vater des späteren CDU-Vorsitzenden Volker Manke, dem langjährigen CDU-Ortsvorsitzenden und Kreispräsidenten Günther-Heinz Baum (†, CDU) und dem bereits erwähnten Ernst Schmuck-Barkmann (†, CDU) – um nur einige zu nennen – bildete Glück jene Riege, die der Gemeinde Henstedt-Ulzburg und ihrer Umgebung so lange ihren Stempel aufdrückte.

Vor allem Manke und Schmuck-Barkmann betätigten sich dabei noch bis in die 90er Jahre hinein in Sachen „Traditionspflege“. So

lud Manke unter der Überschrift „Kamerad, ich rufe Dich“ alle zwei Jahre im *Ostpreußenblatt* zu Treffen seiner Wehrmachtseinheit nach Henstedt-Ulzburg. Die Versammlungen fanden im Hotel „Wiking“ statt – im Saal „Odin“.²⁴

1998 agitierte Manke zudem gegen die unter dem Schlagwort „Wehrmachtsausstellung“ bekannt gewordene Wanderausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* und verschickte – mutmaßlich mit Adressdaten der örtlichen CDU – Pamphlete an alle über 65-jährigen Henstedt-Ulzbürger. Eine Aktion, die ihn später teuer zu stehen kam, weil die Texte neben rechten Polemiken auch verleumderische Behauptungen über den Ausstellungs-Macher Jan Philipp Reemtsma enthielten.²⁵

Geschichtsbewältigung

Zu Widerspruch führte das „Treiben der Alten“ erstmals in den 80er Jahren, als sich eine junge Generation von Sozialdemokraten gegen die herrschende Sicht auflehnte und insbesondere gegen das Geschichtsverständnis von Glück & Co opponierte. Außerdem legte der Alvesloher Historiker Gerhard Hoch 1988 sein Werk *Das Scheitern der Demokratie im ländlichen Raum*

vor, das die politische Entwicklung der Region Kaltenkirchen und Henstedt-Ulzburg zwischen 1877 und 1933 und damit das Aufkommen nationalistischer und völkischer Bestrebungen intensiv beleuchtet.

Die Auswirkungen dieser geschichtlichen Aufarbeitung blieben jedoch anfangs überschaubar: So ließ der damalige Grünen-Politiker Carsten Schäfer (später für

24. Hierzu veröffentlichten antifaschistische Gruppen bereits mehrfach entsprechende Anzeigen-Ausschnitte aus dem *Ostpreußenblatt* (heute *Preußische Allgemeine Zeitung*).

25. „Pamphlet mit peinlichen Folgen“. In: *Segeberger Zeitung* vom 25.4.1998.

die Wählergemeinschaften WHU und BfB auch Bürgervorsteher der Gemeinde) Anfang der 90er Jahre fast schon verzweifelt das Zusatzschild „Bürgermeister von Ulzburg von 1933 bis 1945“ unter den Straßennamen der Heinrich-Petersen-Straße schrauben. Es ist bezeichnend, dass die politischen Befürworter Petersens diesen Wink mit dem Zaunpfahl nicht einmal bemerkten – einen Wink, der aber auch erst durch das Eingreifen junger Antifaschisten aus dem Umland Veränderungen auslöste. 1996 stolperte eine Gruppe aus Norderstedt eher zufällig „Hinweis“, machte den Vorgang überregional bekannt und forderte mit Henstedt-Ulzburgs Jusos die Umbenennung der Straße.²⁶ Wenig später geriet auch das „Ulzburger Heldengedenken“ in den Fokus der Öffentlichkeit.

Zeitenwende

Genutzt hat das am Ende wenig: Die Straße wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen und der Wählergemeinschaft Henstedt-Ulzburg (WHU) nach Clara Schumann benannt.³⁰ Auch der jährliche Auf-

Die örtliche CDU reagierte auf die veränderte Situation zunächst mit heftiger Gegenwehr: Die Umbenennung der Heinrich-Petersen-Straße wurde unter Hinweis auf die Nachkriegsleistung Petersens abgelehnt. Während die CDU behauptete, Petersen hätte „nachweisbar keine Straftaten begangen“²⁷, räumte Bürgermeister Dornquast in der entscheidenden Ausschuss-Debatte zur Umbenennung der Straße ein, dass Petersen während der NS-Jahre sehr wohl bei Übergriffen auf politische Gegner „mitmischte“.

Dennoch plädierte Dornquast für die Beibehaltung des Namens.²⁸ In ähnlichem Zusammenhang bezeichnete Volker Manke die örtlichen Jusos als „Nestbeschmutzer“ und „Saubermänner-Bund“ und heftete dem Historiker Gerhard Hoch das Adjektiv „umstritten“ an.²⁹

marsch am Beckersberg wurde zwar lange verteidigt und trotz öffentlicher Kritik noch Jahre in tradierter Form durchgeführt. Nach heftigen Protesten anlässlich der Volkstrauertage 1997 und 1998³¹ ruder-

26. „Henstedt-Ulzburg huldigt immer noch Nationalsozialisten“. In: *Segeberger Zeitung* vom 7.10.1997.

27. In der Presseerklärung vom 7.11.1997 heißt es außerdem: „Die CDU spricht sich eindeutig dafür aus, die [...] Straßennamen beizubehalten.“

28. „Schlußstrich im Streit um den Namen“. In: *Norderstedter Zeitung* vom 19.2.1998.

29. „Nestbeschmutzung“. Leserbrief. In: *Umschau* vom 23.6.1999.

30. „Schlußstrich im Streit um den Namen“. In: *Norderstedter Zeitung* vom 19.2.1998.

31. Ein Bündnis verschiedener Gruppen aus Henstedt-Ulzburg, Norderstedt und Kaltenkirchen rief unter dem Motto „Gegen die Verdrehung der Geschichte“ zu Protestaktionen gegen das „Ulzburger Heldengedenken“ auf.

ten die Christdemokraten aber auch hier zurück, ließen im Dezember 1998 zumindest eine historische Kommentierung des Geländes durch Schüler des Alstergymnasiums zu.³² Eine wirkliche Umgestaltung des Areals oder die zwischenzeitlich vorgeschlagene Spaltung des „Blut-und-Boden-Steins“ blieb dagegen bis heute aus. 2007 ließ Dornquast die Nazi-Parole nach einer antifaschistischen Farb-Aktion sogar wieder freischrubben.³³

Dennoch könnte der Vorstoß, Alt-Bürgermeister Heinz Glück mit einer Büste im Rathaus zu ehren, der letzte Versuch gewesen sein, die Geschichte der Gründungsväter Henstedt-Ulzburgs kritiklos zu schreiben. Schon 2011 war das Vorhaben gescheitert, eine Straße im Ulzburger Baugebiet „Bahnhof“ nach dem im Vorjahr gestorbenen Heinz Manke zu benennen: Die CDU konnte dafür nur noch die FDP gewinnen, die Wählergemeinschaft Henstedt-Ulzburg (WHU) und die SPD verweigerten ihre Zustimmung unter Hinweis auf Mankes Vergangenheit und seinen späteren Umgang damit.³⁴

Mit dem „Büsten-Deal“ versuchte Dornquast dann offenbar, die neuen Mehrheitsverhältnisse über den „kleinen Dienstweg“ aus-

zuschalten. Und tatsächlich winkte Parteifreundin von Bressensdorf den Antrag der Bürgerstiftung trotz eines ausdrücklichen „Nein“ von vier der fünf Fraktionen im Gemeinderat zunächst durch, berief sich dabei auf ihr Hausrecht.

Was blieb ist die Einsicht, dass auch die Zeiten solcher, von Marcus Menzl so treffend benannter „kleiner Kreise“ mittlerweile der Vergangenheit angehören. Der öffentliche Aufschrei der übergangenen Fraktionen entwickelte binnen Tagen eine solche Kraft, dass Heinz Glück schließlich selbst die Reißleine zog und seine Ehrung ablehnte. Den Protest verstehen konnten aber weder er noch Volker Dornquast.

Der jüngere der Alt-Bürgermeister ließ die Öffentlichkeit zum Verzicht Glücks wissen: „Die zur Zeit geführte Diskussion wird der Sache und der Person, insbesondere nach den zahlreichen hohen Auszeichnungen für den ehemaligen Bürgermeister nicht gerecht. [...] Es ist eine unwürdige, menschlich sehr verletzende Diskussion, die von einigen wenigen Presseorganen und einigen Politikern losgetreten worden ist.“

Heinz Glück lehnte es ab, von diesen durch den Schmutz gezogen zu werden.³⁵ Am 17. Dezember 2013 ist er gestorben. *Olaf Harning*

32. „Wird Nazi-Stein gespalten?“. In: *Segeberger Zeitung* vom 3.12.1998.

33. „Parolen auf dem Blutstein“. In: *Norderstedter Zeitung* vom 20.11.2007; „Betrifft: Umgestaltung des Bürgerparks“. In: *ISHZ* 49 (Winter 2007). S. 129-131.

34. „Heinz-Manke-Straße abgelehnt“. In: *Norderstedter Zeitung* vom 21.1.2011.

35. Presseerklärung von Volker Dornquast vom 9. Oktober 2013.

Kiels „Hindenburgufer“

Stationen einer Umbenennungs-Diskussion 2013

In einigen deutschen Städten sind in den letzten Jahren die nach Hindenburg benannten Straßen und Plätze umbenannt worden, etwa 2012 in Schleswig (unter maßgeblicher Mitarbeit des AKENS-Mitglieds Christian Radtke).

Und Kiel? Hier hatte es ja seit den frühen Nachkriegsjahren immer wieder Ansätze dazu gegeben, der gleich im ersten Jahr der NS-Herrschaft von „Strandweg“ in „Hindenburgufer“ umbenannten Promenade einen neuen Namen zu geben.¹ Im Jahr 2013 nun nahm man in der Landeshauptstadt einen neuen Anlauf.

Den Anfang machte ein Antrag der „Ratsfraktion Die Linke“ vom 17. Januar 2013,

1. die Hindenburg am 20. Juli 1933 verliehene Ehrenbürgerwürde „förmlich bzw. symbolisch“ abzuerkennen,
2. diese Aberkennung auf den Internetseiten der Stadt Kiel anzuzeigen, und
3. „Die Verwaltung macht [...] einen Verfahrensvorschlag, wie unter Einbeziehung der relevanten Gremien der Selbstverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V. (AKENS) und unter Beteiligung aller Kieler Bürgerinnen und Bürger eine

Umbenennung des Hindenburgufers erfolgen kann.“

Am selben Tag gab es einen interfraktionellen Änderungsantrag der Ratsfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und des SSW, der für das weitere Vorgehen in Kiel wegweisend wurde. In ihm wurde

1. das Stadtarchiv gebeten, der Ratsversammlung eine „Darstellung zur Rolle von Paul von Hindenburg in der deutschen Geschichte“ mit besonderem Fokus „auf das Verhältnis zu Kiel“ und „die Geschichte der Benennung des Hindenburgufers“ vorzulegen,

2. die Verwaltung gebeten, „eine öffentliche Veranstaltung zu organisieren, in der unter Einbeziehung des Stadtarchivs, der Gremien der Selbstverwaltung, in Zusammenarbeit mit dem [...] AKENS, der [sic] Kieler Hochschulen und unter Beteiligung der Kieler Bürgerinnen und Bürger die Rolle [...] von Hindenburg in der Etablierung des nationalsozialistischen Regimes beleuchtet und diskutiert wird. Es ist auch zu prüfen und zu berichten, ob und wie das [...] IZRG beteiligt werden kann.“

3. weiterhin die Verwaltung gebeten, „einen Vorschlag zu entwickeln, wie in einem geordneten Verfahren unter Einbeziehung der

1. Vgl. Nils Hinrichsen, Vom Mythos zum Markenzeichen. Hitlers Steigbügelhalter Hindenburg als Namenspatron für öffentliche Orte in Schleswig-Holstein. in: ISHZ 50 (2008), S. 320-339.



Umbenennungs-Aktion des ÄKENS im April 2010

Bürgerinnen und Bürger eine weitere Diskussion über den Umgang von [sic] Straßennamen erfolgen kann, die aus heutiger Sicht Personen oder Ereignisse ehren, die mit dem Selbstverständnis einer freiheitlichen Demokratie nicht vereinbar sind.“

4. gefordert, die „gesamte Diskussion [...] auf den Internetseiten der Landeshauptstadt Kiel“ zu veröffentlichen (Diese Forderung wurde inzwischen umgesetzt).

Wie auch die Begründung dieses Antrages zeigt, geht es den sie stützenden Parteien darum, „eine möglichst breite Akzeptanz zu finden“, weshalb „die Diskussion in der Stadtgesellschaft nötig“ sei.

Dass es – wie auch anderswo – nicht leicht sein wird, eine breite

Akzeptanz für eine Umbenennung zu erreichen, zeigte sich bei den Veranstaltungen der nächsten Monate und im Echo in den Leserbriefspalten der *Kieler Nachrichten*:

So bei der am 11. März 2013 im Landeshaus stattfindenden Veranstaltung „Hindenburgufer, Ernst-Busch-Platz und Co.“, gemeinsam veranstaltet von der Landeszentrale für politische Bildung und der Hermann-Ehlers-Akademie: Bei den auf dem Podium sitzenden Parteivertretern (DIE LINKE, SPD, Grüne, FDP, CDU) Positionen auf der Linie des interfraktionellen Antrags, aus dem Publikum (u.a. einige Vertreter der JU) dagegen deutliche Stimmen gegen eine Umbenennung.

Einen guten Monat später, am

Hindenburg als Namenspatron für öffentliche Orte in Schleswig-Holstein

Die Beispiele Kiel und Sylt



AKENS

ISHZ
Beiheft 5

Sonderveröffentlichung des AKENS zur Veranstaltung mit Wolfram Pyta im April 2013 in Kiel

128

19. April 2013, referierte dann Wolfram Pyta vor ca. 150 Zuhörern im Ratssaal über Hindenburg. Die anschließende Diskussion fand zwar Pytas Lob wegen ihrer Engagiertheit und Sachkenntnis, ließ aber keinesfalls eine deutliche Stimmung für eine Umbenennung erkennen. Möglicherweise hatte man sich vorher von dieser Veranstaltung mehr versprochen. Der AKENS hatte zu dieser Veranstaltung einen Sonderdruck mit zwei Beiträgen zur Hindenburg-Debatte erstellt.

Einen weiteren Schritt auf dem Weg zu einer breiteren Akzeptanz

unternahm dann im Juni 2013 Kulturreferent Rainer Pasternak, indem er den Ortsbeirat Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook über den Stand der Dinge und das weitere Vorgehen informierte. Die nächsten Schritte sollten sein:

1. eine genaue Rekonstruktion der Umstände, die 1933 zur Umbenennung des ehemaligen Strandwegs und dann in den Nachkriegsjahrzehnten zur teilweisen Umbenennung in „Kiellinie“ geführt haben, zu erarbeiten durch Mitarbeiter des Stadtarchivs,
2. eine erneute Diskussionsveranstaltung mit Bürgerbeteiligung.

Die Ergebnisse der Mitarbeiter des Stadtarchivs liegen inzwischen vor:

1. Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Hindenburg am 20. Juli 1933 sei „nicht auf Grundlage der damals geltenden Bestimmungen“ erfolgt, da nach der seinerzeit gültigen Gemeindeordnung eine solche nur an Menschen erfolgen konnte, „die sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben“, was für Hindenburg nicht zutreffe.
2. Für die Frage der Namensgebung der Straße hat die Verwaltung zwei Handlungsvorschläge:
 - a) vollständige Umbenennung in „Kiellinie“ und Errichtung von erläuternden Erinnerungstafeln
 - b) Beibehaltung des bisherigen Namens „als Straße der Erinnerung“, begleitet von Schautafeln, die an die Vorgänge im „Dritten Reich“ erinnern.

Weiter wurde dem Kulturausschuss ein Zeitplan vorgelegt, nach dem bis spätestens Februar 1914 die Ratsversammlung über eine mögliche Umbenennung entscheiden soll. Stationen dieses Zeitplans:

- Beratung im Kulturausschuss sowie im Innen- und Umweltausschuss (5. November 2013),
- gemeinsame Sondersitzung der Ortsbeiräte Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook bzw. Wik im Rathaus (28. November 2013),
- Dezember 2013/Januar 2014: Abstimmung der Ergebnisse dieser Sondersitzung mit dem Votum der Ausschüsse und Erarbeitung einer Beschlussvorlage.

Welche Aussichten hat eine Umbenennung?

Im Ortsbeirat von Ravensberg/Brunswik/Düsternbrook halten sich Befürworter (Vertreter von SPD und Die Linke) und Gegner (CDU- und FDP-Mitglieder) etwa die Waage, was auch eine Probeabstimmung zeigte. Anders das Publikum dort, das etwa zwei zu eins gegen die Änderung stimmte.

Die Kieler Jusos setzen sich für eine Umbenennung ein und fordern in einem Antrag an den SPD-Kreis-ausschuss die Kieler SPD sowie die SPD-Ratsfraktion auf, einen neuen Namen für die Straße zu finden.

Strikt gegen eine Umbenennung ist die Junge Union, die vor einiger Zeit eine Unterschriftenaktion für ein Bürgerbegehren in Gang gesetzt hatte, die allerdings „vorerst auf Eis“ liege (JU-Kreisvorsitzender

Henrik Welp, zit. nach *Kieler Nachrichten* online v. 24.10.2013).

Noch ist also nichts entschieden in Kiel. Es bleibt abzuwarten, ob die Befürworter einer Änderung es riskieren, gegen die Stimmung im breiten Publikum zu entscheiden.

Auffällig ist, dass in den öffentlichen Stellungnahmen Hindenburgs Rolle als wichtiger Propagator der Dolchstoß-Legende zumeist nicht berücksichtigt, sondern sein historisch verhängnisvolles Wirken erst mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wahrgenommen wird.

Manchen erscheint das Ganze ohnehin wohl schon im Nebel der Geschichte zu verschwinden. So wird Hindenburg in einem Artikel im *Kieler Express* vom 20. November 2013 als „Reichskanzler“ geführt. Und die Kieler „Piraten“ enterten das Deck der Auseinandersetzung mit dem wiederholt vorgetragenen Vorschlag, das „Hindenburgufer“ nicht nach Paul von Hindenburg zu benennen, sondern nach dem Mathematiker und Physiker Carl Friedrich Hindenburg (1741–1808). *Hartmut Kunkel*

Nachtrag nach Redaktionsschluss: Der Feldmarschall muss abtreten – das Kieler „Hindenburgufer“ wird in „Kiellinie“ umbenannt. Komplette und nicht nur teilweise wie in Hamburg, wo lediglich ein Abschnitt der Hindenburgstraße in Otto-Wels-Straße umbenannt wurde. Und aktuell beginnt die Diskussion auch in Lübeck ...

„... auch die Täter benennen“

Am 9. November 2013 wurde die Webseite „Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 – 1945“ freigeschaltet

www.spurensuche-kreis-pinneberg.de

Spurensuche
im Kreis Pinneberg und Umgebung
1933-1945

Eine
interaktive Webseite
gegen das Vergessen

Auf einer sehr gut besuchten Veranstaltung des Fördervereins *Gegen das Vergessen – Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 – 1945 e.V.* im Weißen Haus in Elmshorn wurde anlässlich des 75. Jahrestages der Reichspogromnacht das neue Webportal der Öffentlichkeit vorgestellt und im Internet freigeschaltet.

Gut 80 Besucher aus dem gesamten Kreis Pinneberg nahmen an der Veranstaltung teil und informierten sich über das umfangreiche Wissensangebot zur lokalen und regionalen Zeitgeschichte des Nationalsozialismus.

Stellvertretend für den Förderkreis berichtete Rudi Arendt eingangs über die Zusammenarbeit der Mitwirkenden aus der Arbeitsgemeinschaft Stolpersteine für Elmshorn, Arbeitsgruppe des Ortsarchivs Horst, Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS), Förderverein Museum Helgoland, Geschichtswerkstatt des SPD-Ortsvereins Uetersen, Initiative Selbstbewusstes Quickborn, der Stadtarchive Elmshorn und Tornesch sowie historisch interessierten Einzelpersonen, die sich in dem Förderverein zusammengeschlossen und zum erfolgreichen Gelingen des Projektes beigetragen haben.

Quelle: Förderverein *Gegen das Vergessen – Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 – 1945 e.V.*

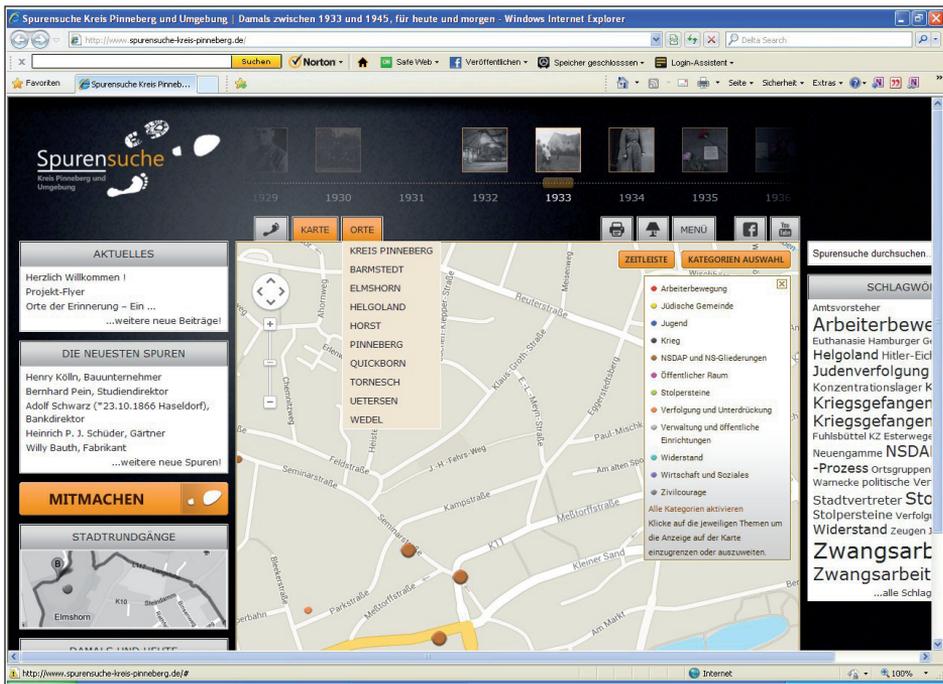


Illustration: www.spurensuche-kreis-pinneberg.de

Historische Rekonstruktion online: Die Website ermöglicht eine themenspezifische Darstellung

In einem anschließenden Vortrag über die Reichpogromnacht in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 schilderte Harald Kirschinnick die Hintergründe und den Verlauf dieser von der NSDAP-Führung organisierten Ausschreitungen und ihre dramatischen Folgen für die jüdische Gemeinde Elmshorn.

Die Bürgermeisterin Frau Dr. Brigitte Fronzek wünschte im Namen der Stadt Elmshorn dem Projekt eine positive Resonanz. Sie betonte die Bedeutung dieser neuen Form der Geschichtsaufarbeitung und merkte an, dass sowohl die Opfer des NS-Regimes, aber auch

die Täter zu benennen sind. Der Nationalsozialismus lässt sich nicht verstehen, wenn diejenigen Personen außer Acht bleiben, die hier bei uns vor Ort die Verantwortung für Unterdrückung und Verfolgung getragen haben.

Astrid Petermann von der Landeskoordinationsstelle gegen Rechtsextremismus beim Landesinnenministerium Schleswig-Holstein schlug einen Bogen von der Vergangenheit in die Gegenwart. Sie verwies auf die Möglichkeiten im Kampf gegen den heutigen Rechtsextremismus, die das Land Schleswig-Holstein anbietet. Die Landeskoordinationsstelle hat das

Webseitenprojekt vor allem deshalb gefördert, weil es durch die Geschichtsvermittlung jüngere Generationen vor den Gefahren von rechts sensibilisiert.

Der Förderverein hat die Projektidee von einer bereits für Bremen bestehenden Webseite übernommen. John Gerardu von dem Bremer Verein „Erinnerung für die Zukunft“ erläuterte die ursprüngliche Intention für die Erstellung des Webportals. Demnach ist man in Bremen der Überlegung nachgegangen, wie die anregende Vermittlung über das Wissen der NS-Zeit mit dem Ausbleiben der Zeitzeugen für nachfolgende Generationen erhalten werden kann. Gerade auch der Bezug zum eigenen Lebensraum schafft hierbei einen neuen Zugang zur Zeitgeschichte.

Nach einer kurzen Vorstellung der Funktionen der Webseite durch den Programmierer Steffen Jäckel von der Firma Bit for Byte schaltete der Förderverein die Webseite frei und stellte erste „Spuren“ aus verschiedenen Orten vor.

Rudi Arendt von der Arbeitsgemeinschaft Stolpersteine für Elmshorn stellte die Funktionsmöglichkeit der Erstellung eines Stadtrundgangs am Beispiel von Elmshorn vor. Jörg Penning (AKENS) berichtete über die beiden „Euthanasie“-Opfer Magda Janzen und Martha Weidmann aus Quickborn, für die im vergangenen Jahr Stolpersteine von dem Kölner Künstler

Gunter Demnig verlegt wurden. Für Uetersen schilderte Erhard Vogt von der Geschichtswerkstatt des SPD-Ortsvereins Uetersen am Beispiel der beiden Widerstandskämpfer Johann Britten und Arthur Sorg die Massenverhaftungen von NS-Gegnern 1934/35 und den darauf folgenden „Offenborn-Prozess“.

Das ebenfalls zum Kreis Pinneberg gehörende Helgoland blieb von Ungerechtigkeiten und Opfern des Nationalsozialismus nicht verschont. Astrid Friederichs vom Förderverein Museum Helgoland informierte eindrucksvoll über die Verfolgung von Homosexuellen, Zwangsarbeit und Widerstand in den letzten Kriegstagen.

In der nun freigeschaltete Webseite *Spurensuche im Kreis Pinneberg und Umgebung 1933 – 1945* sind bereits über 200 „Spuren“ zur Geschichte der lokalen und regionalen Zeit des Nationalsozialismus verzeichnet. Über eine „Mitmach“-Funktion gibt es die Möglichkeit, dass auch andere Interessierte sich mit eigenen Beiträgen beteiligen und damit die immer noch vorhandenen „weißen Flecken“ in der Orts- und Kreisgeschichte füllen helfen.

Pressemitteilung / Jörg Penning

www.spurensuche-kreis-pinneberg.de

Kontakt: info@spurensuche-kreis-pinneberg.de

Keine Bilder? Keine Lösung

Über einen unbeholfenen Versuch, die NS-Bürgermeister Kellinghusens unsichtbar zu machen

Und noch eine weitere Stadt in Schleswig-Holstein hat derzeit Schwierigkeiten im Umgang mit ihren NS-Bürgermeistern. Auch Kellinghusen schmückt sein Rathaus mit einer Bildergalerie der ehemaligen Stadtregenten. Allerdings: Hier gibt es eine Lücke. Ex-Bürgermeisterin Helga Nießen, die die Porträts aufhängen ließ, bedachte die NS-Zeit mit einem weißen Fleck. Wilhelm Burmester? Claus Burmester? Richard Wilken? Fehlanzeige – da hängt nur ein leerer Rahmen mit dem wenig überzeugenden Hinweis, es gebe von den drei während der NS-Zeit aktiven Herren im städtischen Archiv keine Fotos.

Mag man's glauben? Keine Fotos von gleich drei Bürgermeistern, wo die Nationalsozialisten doch so medienversessen waren? Keine optischen Zeugnisse? Das käme ja wirklich sehr gelegen, um die damaligen örtlichen Funktionäre nicht zeigen zu müssen – doch erspart es eine Auseinandersetzung? Die drei seien als Stadtoberhäupter ja nicht gewählt worden, hätten also in der Galerie nichts verloren, heißt es seitens der Stadt. Und ohne Fotos ...

Es darf bezweifelt werden, ob geeignete Fotos tatsächlich mit der

ausreichenden Intensität gesucht wurden, und zudem gibt es auch andere Archive, in denen man fündig werden könnte – vielleicht in der ehemaligen NSDAP-Mitgliederkartei im Bundesarchiv? Wo ein Wille, da auch ein Weg – aber wo kein Wille?

Nun, seitens kritischer Bürger mag man sich in Kellinghusen mit dieser Leerstelle nicht so einfach abfinden. Der Vertreter der Initiative „Friedensstele und Stolpersteine“, Hans-Jürgen Heidemann, hält intensivere Nachforschungen für geboten. „Die aktuelle Darstellung entspricht nicht der historischen Wahrheit und wird den Menschen, die auch in unserer Kleinstadt unter dem Nationalsozialismus litten, nicht gerecht“, zitiert ihn die örtliche Zeitung *Störbote*.¹ Zusammen mit anderen Mitstreitern fordert er die Kellinghusener Ratsversammlung auf, einen Beschluss zur seriösen Aufarbeitung zu fassen.

Ob sich die nötige kritische Haltung zum prekären historischen Erbe beschließen lässt? Eher nicht. So werden Heidemann und die anderen Aktivisten wohl selbst recherchieren und rekonstruieren – und vielleicht sogar nicht gesuchte Fotos finden.

Kay Dohnke

133

1. „Bürgermeister-Galerie: Weißer Fleck soll verschwinden“. In: *Störbote* vom 31.10.2013.